

Rhein- und Lahn-Anzeiger

Amts-Blatt der



Stadt Nastätten.

Der Bezug des dreimal wöchentlich (Dienstag, Donnerstag und Samstag) erscheinenden „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ kostet in Nastätten sowie bei den auswärtigen Agenturen monatlich RM. 2.50, frei ins Haus durch die Post bezogen vierteljährlich RM. 7.50. Bestellungen können jederzeit erfolgen.

Abzügen finden im „Rhein- und Lahn-Anzeiger“ wertlose Verbreitung und werden die Gegenstände Kompartiments oder deren Raum mit 50 Pf., die Restante mit 25 Pf. berechnet. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif. Im Falle geringlicher Verbreitung fällt jeglicher Rabatt fort.

Begründet 1878. Druck und Verlag: Müllersche Buchdruckerei in Nastätten.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Paul Müller, Nastätten. Begründet 1878

Nr. 140

Nastätten, Dienstag, den 29. November 1921

44. Jahrgang

Umstellung.

Eine Erregung geht durch unser ganzes Volk, wie selbst in unserer an Stürmen überreichen Zeit nur selten zuvor. Nicht nur täglich — nein stündlich meldet der Draht neue Phasen in den Verhandlungen, die zurzeit zwischen der Reichsregierung und der Industrie über die große Kreditaktion schweben. Die Mehrzahl aller dieser Stimmen schweigt dabei von der Landwirtschaft; bei dem einen mag das Unkenntnis, bei anderen Absicht sein.

In ihrem Verhältnis zur Industrie muß die Landwirtschaft indessen mindestens als Ernährerin der industriellen Bevölkerung und Abnehmerin eines sehr bedeutenden Teiles aller industriellen Erzeugnisse gewertet werden. Schon das gibt ihr das Recht, zu der Aktion gehört zu werden.

Noch triftiger ist folgender Grund für diesen Anspruch: Das Endziel der Aktion ist nichts Geringeres, als die Gesundung der durch die Reparationslasten schwer erschütterten Reichsfinanzen. Sie ist im wesentlichen an die Voraussetzung gebunden, daß es gelingt, die Passivität der deutschen Außenhandelsbilanz zu beseitigen. Ohne die Landwirtschaft kann das niemals gelingen. Das ist völlig ausgeschlossen. Denn diese Passivität beruht ausschlaggebend auf der derzeitigen Notwendigkeit, aus dem Ausland Nahrungsmittel, das sind landwirtschaftliche Erzeugnisse, einzuführen. Ehe dieser Fehlerquell nicht verstopft ist — keine Möglichkeit der Gesundung!

Eine in Milliardenwerten durchschlagende Aktivierung unserer Handelsbilanz kann vielmehr nur erwartet werden von der Beseitigung der Einfuhr aller zum Massenkonsum notwendigen Waren, d. h. von der Einfuhr von Lebensmitteln. Womit bleibt nichts weiter übrig, als die gesamte Volksernährung im Inlande zu erzeugen. Die Steigerung der deutschen landwirtschaftlichen Erzeugung bis zur Erreichung des Zieles

„Ernährung aus deutscher Scholle“ ist die Aktion. Sie ist das Wesen der Sache. Alles andere wie die Devisenbeschaffung, Steuererleichterung und Sparmaßnahmsbestrebungen sind demgegenüber kaum mehr wie Formen.

Die Größe der mit dieser Zielsetzung von der gesamten deutschen Volkswirtschaft zu übernehmenden Aufgabe zu verkennen, hieße das Werk von vornherein gefährden. Sie wird das ehemalige Hindenburgprogramm der Umstellung unserer Gesamtproduktion auf die Kriegswirtschaft weit hinter sich lassen.

Goldwerte.

Das Schlagwort „Valuta“ hat bei denen, die ihre Preise steigern wollen, oft mit Recht, noch mehr aber mit Unrecht, als Grund für Verteuerungen gelten müssen; heute erachtet man die Zeit für gekommen, das zu Tode gehetzte Wort „Valuta“ durch ein anderes Redewort zu ersetzen, das den Unerfahrenen tüchtig imponiert. Und man nahm „Goldwerte“. Wer mehr Einkommen erzielen will, der erklärt, der Preis muß sich dem Goldwert anpassen. Der Rentling steht verdutzt und denkt: „Erst Valuta, dann Goldwerte. Was nun wohl noch groß werden wird?“ Auch die Politiker und Steuerfucher manipulieren eifrig mit den Goldwerten, ohne daß sie daran denken, daß es doch nur recht wenig Dinge gibt, worauf diese Bezeichnung zu jeder Zeit paßt. Den unbestritten anerkannten Goldwert besitzt genau genommen, das tägliche Brot und was damit zusammenhängt.

Technisch nennt man Goldwerte solche Objekte, die im hohen Maße gesucht und so fest in der Wertschätzung stehen, daß sie jederzeit dementsprechend mit Gold bezahlt werden können. Aber ob sie diese Stellung dauernd behalten, kann niemand sagen. Auch das Deutsche Reich und die deutsche Mark waren 1914 Goldwerte; wie sie heute dastehen, weiß jeder. Unsere Industrien sind vielfach Goldwerte, aber sie können es auch gewesen sein, wenn ihre Produktions- oder Absatzfähigkeit stark sinken. Die Häuser eines bestimmten Stadtviertels können sehr hohen Wert haben und doch durch irgend welche Neuerungen entwertet werden. Die Hansa, Nürnberg und Augsburg, Venedig und Genua, Spanien und Portugal waren wichtige Glieder des Welthandels, und alle haben ihre Zeit gehabt. Darum ist es immer gewagt, auf lange Sicht hinaus mit Goldwerten zu spekulieren, und es besteht gar kein Grund, mit unbedingter Notwendigkeit den Stand des Goldwertes

für jede Alleinigkeit im Handelsverkehr verantwortlich zu machen. Wenn die schwache Valuta den Ausdruck von mangelndem Vertrauen bedeutet, so steht hinter dem Gold der höchste Kredit. Das ist alles. Denn so viel Gold gibt es auf der Erde nicht, um alles, was Goldwert ist, damit zu bezahlen. Man nimmt nur die Zahlungsfähigkeit bzw. Kreditwürdigkeit an. Das größere oder geringere Maß des Vertrauens entscheidet.

Wie könnte Deutschlands Währung den Charakter als Goldwert, den sie neben der Englands in Europa bis 1914 unbestritten gehabt hat, wieder erlangen? Vor rund dreißig Jahren war Italien so finanziell schwach, daß man dort vielfach bedrucktes Leder als Geld ausgab. Der deutsche Hundertmarkschein war zu jener Zeit im Süden so gesucht, daß ein Tourist von dem Agio seine halbe Reife bestreiten konnte. Trotz dieses Tiefstandes setzten Finanzen rappelte sich Italien in verhältnismäßig kurzer Zeit wieder auf, und zwar ganz besonders, anher großer Sparfameit, infolge des Nüchternes, den es am Dreißigsten, besonders in Deutschland, hatte. Die Welt suchte, Italien hat seine guten Freunde, es kann nicht Kolonialziehe. Auf gleiche Weise könnte auch Süddeutschland verhältnismäßig schnell wieder in die Höhe gebracht und zum Goldwert zurückgeführt werden, aber — wir haben keinen Freund, der sagt, wir wollen den Krieg und die Vergangenheit vergessen und in die Zukunft schauen.

Gegen den Wucher.

Ein Erlaß der preussischen Regierung.

„Es ist Pflicht der Polizei“ — so heißt es in einem neuen Erlaß des preussischen Ministers des Innern — „der weiteren wucherischen Ausbeutung der ohnehin unter der wirtschaftlichen Lage schwer leidenden Bevölkerung entgegenzutreten und auch die realen Erzeuger und Händler vor Missdeutungen und Angriffen dadurch zu schützen, daß die schamlosen Wucherer und Schieber aus ihren Kreisen entfernt werden. Ich ersuche daher, den Erlaß vom 14. September mit aller Entschiedenheit unter Anführung der gesamten Polizei zur Durchführung zu bringen. Die Beamten der Schutzpolizei werden mit bestimmten Anweisungen zur Feststellung offenkundiger Wucherfälle zu versehen sein, ferner zweckmäßige Verwendungen finden können, wenn es sich um die Erfassung von Warenbeständen handelt, die bei Erzeugern oder Händlern in der Absicht der Preissteigerung zurückgehalten werden.“

Von besonderer Bedeutung ist es, daß die gesetzlichen Bestimmungen gegen den Wucher nicht nur in den Großstädten scharf gehandhabt werden. Dem Wucher kann nur dadurch vorgebeugt werden, daß überall in gleicher Weise eingeschritten wird.

Endlich weise ich darauf hin, daß auch die tatkräftige Hilfe aller rechtlich denkenden Kreise des Volkes in Anspruch genommen werden muß. In diesem Sinne müssen vertrauenswürdige Vertreter der Erzeuger, der Händler und der Verbraucher in weitem Umfange zur Mitarbeit herangezogen werden. Der Verbraucher vollends hat bei seinen täglichen Einkäufen am ehesten Gelegenheit, auffällige Preissteigerungen festzustellen. Allen solchen Anzeigen ist mit Eifer nachzugehen.

Andererseits ist allen Alten der Selbsthilfe der Verbraucher vorzuziehen und gegebenenfalls allen Plünderungen von Geschäften schnell und mit Nachdruck entgegenzutreten.“

Einschränkung des wilden Aufkaufwesens.

Im Volkswirtschaftsausschuß des Reichstages teilte Staatssekretär Huber mit, daß in diesen Tagen die Verordnung zur Einschränkung des wilden Aufkaufwesens hinausgeht. In jetzt beendeten Verhandlungen mit Landwirten, Händlern und Verbrauchern sind

Nichtlinien für die Preisbemessung festgesetzt worden, auf Grund deren sofort in den einzelnen Erzeugungsgebieten Kommissionen aus Landwirten, Händlern und nächst für die Gleichzeitigkeit mit Nachdruck zu fördernden Abschlüsse zwischen landwirtschaftlichen und Verbraucherorganisationen über die Lieferung von Kartoffeln — festsetzen sollen. Diese Preise werden den Staatsanwaltschaften als Richtschnur für ihr Vorgehen gegen Wucher dienen.

Eine vom Reichsernährungsministerium ausgearbeitete, auf einer Durchschnittsernte beruhende Berechnung an gemessener Kartoffelpreise wird den Landesregierungen bekannt gegeben werden, damit in den einzelnen Gebietsstellen des Reiches eine möglichst gleichmäßige Preisfestsetzung erfolgt und die Gefahr einer Abwanderung der Kartoffeln aus den Gebieten mit niedrigeren Preisen und die damit zusammenhängende Gefahr einer eigenmächtigen Ausräumung dieser Gebiete tunlichst ausgeschaltet werde.

Die Genfer Besprechungen.

Die Richtlinien der deutschen Auffassung. Am Donnerstag hielt die deutsch-polnische Konferenz eine lange Sitzung ab. In deren Verlauf gelangten, wie der amtliche Bericht mitteilt, der Präsident und die beiden Abordnungen zu völliger Einigung über das Verhandlungsverfahren der Konferenz. Das Sekretariat des Präsidenten wurde beauftragt, den endgültigen Text zu redigieren. Die Sitzung führte zunächst zu einer Generaldebatte über die maßgebenden großen Gesichtspunkte.

Der deutsche Bevollmächtigte Reichsminister a. D. Schiffer gab in einer längeren Rede die Richtlinien der deutschen Auffassung wieder. Er wies vornehmlich auf die oberschlesische Eigenart hin und betonte, daß es notwendig sei, sich nicht nur auf die finanziellen und wirtschaftlichen Fragen einzustellen, sondern auch den geistigen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen.

Nicht nur materiell, sondern auch seelisch müsse das Volk befriedigt werden. Die moderne Auffassung, welche die Berücksichtigung der Seele des Arbeiters fordert, könne nicht außer acht gelassen werden. Oberstes Gebot müsse der Mensch zum großen Teil auf geistigen Grundlagen.

Nach der allgemeinen Aussprache erörterte die Konferenz die Grundlinien des Arbeitsplanes. Die Verteilung des Arbeitsstoffes auf die Unterkommissionen im Sinne der Note ist nunmehr beschlossen. Man nimmt an, daß die Unterkommissionen ihre Tätigkeit am 9. Dezember beginnen werden.

Uebergabe Oberschlesiens an Polen am 3. Mai 1922?

Wie in Katowitz verlautet, rechnet man in polnischen Kreisen damit, daß die offizielle Uebernahme der Verwaltung durch die Polen in den hiesigen zugesprochenen Teilen Oberschlesiens erst am 3. Mai 1922, dem polnischen Nationalfeiertag, erfolgen wird.

Starker Grundbesitzwechsel in Katowitz.

Die Grundstücksverkäufe weisen nach Bekanntwerden der Genfer Entscheidung in Katowitz die Umsatzziffer von 200 Millionen Mark auf. Die Käufer waren in der Mehrzahl aus Konopcepolen und aus der früheren Provinz Posen.

Die Interalliierte Kommission hat infolge der Grenzausbreitungen an der deutsch-polnischen Grenze an die Warschauer Regierung das Erlauchen gerichtet, unverzüglich für eine strenge Grenzabspernung Sorge zu tragen.

Arbeitsklave für England.

Die Vorschläge der englischen Industrie.

Die Vorschläge zur Abänderung der deutschen Reparationsleistungen, die der „Bund der britischen Industrie“ in seiner Denkschrift gemacht hat, entpuppen sich bei näherem Zusehen als bei weitem nicht so harmlos, wie sie die ersten kurzen Meldungen erscheinen ließen. Die Vorschläge der englischen Industrie sehen zwar die Unerschwinglichkeit der von Deutschland geforderten Leistungen ein, sehen aber nicht ihre Herabminderung vor, sondern die Ersetzung eines Teiles von ihnen durch deutsche Arbeit und zwar derart, daß darunter nicht die englische Industrie irgend wie leidet, sondern daß sie vielmehr die Kontrolle und Leitung der deutschen Leistungen in die Hand bekommt. Da die Reparationsforderungen der Entente von ganz unmöglicher Höhe sind, und auch die Engländer kein Jota von ihnen ablassen würde das also die ewige wirtschaftliche Verklammerung Deutschlands

bedeuten. Deutschlands immense Arbeitskraft, seine hochentwickelte Industrie und Technik, seine großen Geisteskräfte sollen vollständig und unentgeltlich in den Dienst der Entente gespannt werden und für sie die Arbeit leisten, die sie selbst zu leisten nicht imstande ist, oder die ihr mit zu großem Risiko verbunden ist. Fürwahr ein teuflischer, ein echt englischer Plan!

Die Denkschrift schlägt nämlich eine Revision der Reparationsabkommen auf folgender Grundlage vor:

1. Stellung von Forderungen an die deutsche Industrie und Unternehmungen an Stelle der augenblicklichen geldlichen Verbindlichkeiten Deutschlands gegenüber den Ententeregierungen.

2. Schärfere Umgrenzung der Klassen von Waren und Arbeitsleistungen, die Deutschland zu liefern hat. Dadurch soll so weit wie möglich eine Schädigung der alliierten Industrien vermieden werden.

Zum ersten Punkt wird vorgeschlagen, die deutschen Unternehmen müßten eine besondere Klasse von Vorzugsarbeiten schaffen, z. B. Zwanagshypotheken 1. Ordnung für den Grundbesitz, Vorzugsaktien der Industrien, Unternehmen, Banken, Großhandelsfirmen, Eisenbahnen, Kanäle, Schifffahrtslinien.

Das Reich soll diese Sicherheiten den Ententeregierungen ausliefern, die sie dann beliebig verkaufen könnten. Das wäre also nichts anderes als eine ganz rigorose Besteuerung der deutschen Sachwerte, und zwar nicht durch das Reich, sondern durch die Entente. Dadurch würde die Entente die gesamte deutsche Industrie unter fester Kontrolle haben. Es würde — so sagt die englische Denkschrift selbst — ungesähr so aussehen, als wenn Deutschland ein unentwickeltes Land wäre, das mit Hilfe ausländischen Kapitals entwickelt worden sei und weiterhin Zinsen für dieses Kapital zahle.

Es blieben dann aber noch beträchtliche Jahreszahlungen übrig, die in Sachleistungen

abzutragen wären. Hierfür müßte ein umfassendes Abkommen zwischen allen Alliierten und Deutschland getroffen werden, das die deutschen Leistungen so festlege, daß sich die deutsche Industrie entwickeln könne, ohne der der alliierten Länder Schäden zuzufügen. Deutschland könne den Alliierten liefern, Stoffe, die nützlich seien zur Entwicklung der Industrie oder Landwirtschaft in den alliierten Ländern, wie zum Beispiel Kalk, Holz und Kohle. Außerdem könne der tatsächliche Wiederaufbau des zerstörten Gebietes Deutschland überlassen werden.

Ferner wird die Ausführung von Bauten unter Kontrolle und Leitung der Alliierten vorgeschlagen, z. B. die Wiederherstellung von Eisenbahnen in Europa, eventuell auch in Rußland, sowie besonders in unentwickelten Ländern, wo sie sonst als unrentabel nicht unternommen werden könnten. Die deutsche Energie und Industrie müßten zur Entwicklung neuer Märkte und neuer Quellen für Rohstoffe und Lebensmittel auf die nicht entwickelten Teile der Welt abgelenkt werden.

Deutschland soll also umsonst und zum Vorteil Englands die noch unentwickelten Teile der Welt kolonisieren und zu positiven Faktoren der Weltwirtschaft machen. Es soll für England die Kastanien braten und aus dem Feuer holen.

Die Kosten der Arbeitsnachweise.

Unvollständige Zahlen.

Man begegnet häufig der Ansicht, daß die staatlichen Arbeitsnachweise außerordentlich hohe und sprunghaft steigende Kosten verursachen, deren Höhe in keinem rechten Verhältnis zu ihrem Nutzen steht. Gegen diese Auffassung wandte sich vor einiger Zeit das Reichsarbeitsministerium und behauptete, daß die Aufwendungen sämtlicher Landesarbeitsämter für das Etatsjahr 1921 nur auf 16 Millionen Mark zu veranschlagen seien.

Es wäre interessant, zu erfahren, aus welchen einzelnen Posten das Reichsarbeitsministerium diese Summe errechnet, die angesichts der sonstigen Milliardenziffern unserer Staatsfinanzen ja als geradezu gering zu bezeichnen ist. Es liegen nämlich leider Tatsachen vor, die einige Zweifel an der vom Reichsarbeitsministerium genannten Summe aufkommen lassen. Merkwürdigerweise hat man es bisher fast ausschließlich vermieden, amtliches Zahlenmaterial über den Aufwand der einzelnen Arbeitsnach-

wesamter zu veröffentlichen. Es steht aber fest, daß z. B. das Württembergische Landesamt für Arbeitsvermittlung einen Etat von 850 000 M. hat; in diese Summe sind die nicht unerheblichen Gehaltszulagen der zweiten Jahreshälfte ebenfalls einbezogen, wie die Steigerung des sachlichen Aufwandes für Heizung, Drucksachen usw., so daß allein für dieses Landesamt mit einem Mindestaufwand von einer Million Mark gerechnet werden muß. Eine ähnliche Etatsgröße weist der Zentralarbeitsnachweis in Dresden auf. Wie ungeheuer die Ausgaben für die Arbeitsnachweise von Jahr zu Jahr in die Höhe schwellen, zeigt das Landesarbeitsamt Niedersachsen-Hannover, das für persönliche Ausgaben im Jahre 1918 noch nicht ganz 40 000 M., im Jahre 1919 etwa 82 000 M., 1920 aber 725 000 M. erforderte! An der Spitze marschiert natürlich das Arbeitsnachweisamt Groß-Berlin mit seinem Personal von 400 Köpfen. Der jährliche Zuschuß für diesen Apparat wird für das laufende Jahr mit etwa 10 Millionen Mark angegeben. Das Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt in Magdeburg, das an und für sich schon mit einem hohen Ausgabenetat belastet ist, erforderte durch Errichtung geeigneter Räumlichkeiten allein einen Zuschuß von mehreren Millionen Mark.

Rechnet man nur die Ausgaben für die vorstehenden fünf Arbeitsämter zusammen, so ergibt sich bereits eine Summe, die die vom Reichsarbeitsministerium genannten 16 Millionen Mark übertrifft. Wir haben aber in Deutschland augenblicklich allein über 20 Landesarbeitsämter, deren Etats ohne Zweifel ähnlich hohe Einzelsummen aufweisen. Die Rechnung des Reichsarbeitsministeriums kann also auf keinen Fall stimmen. Die Gesamtkosten sind ohne Zweifel um ein Vielfaches höher als 16 Millionen Mark. Der Steuerzahler hat ein um so größeres Interesse daran, von den wirklichen Kosten der Arbeitsnachweise ein klares Bild zu bekommen, als diese Kosten zu zwei Dritteln durch Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgebracht werden müssen, wenn die vorläufige Arbeitslosenversicherung Gesetz wird.

Preußischer Landtag.

— Berlin, 26. November 1921.

Treuer Gewohnheit jüngster Tage folgend, gibt es schon zu Beginn der Sitzung des Preußenparlamentes wieder einen weidlichen Reden. Sehr wenig schmeichelhafte Worte wie „Lumpenbande“, „Spitzbuben“, „Denunzianten“ usw. ertönen in dem würdigen Saal an Stelle der friedlichen Auseinandersetzung. Und wozu der Lärm? Die edlen Kommunisten wollen von der Bezeichnung der Angelegenheit der politischen Gefangenen nicht lassen und die anderen, die dies nicht einsehen wollen, bekommen die genannten Ehrentitel. Als die Ruhe wieder hergestellt ist, Holt man die am Vorlage ausgelegten Abstimmungen zum Fortsetzt nach und tritt dann in die Besprechung des Haushalts des Innenministeriums ein.

Abg. Dr. v. Winterfeld, der Sprecher der Deutschnationalen, tritt zuerst auf den Plan und wendet sich gegen die Verordnung des Reichspräsidenten gegen die Rechte, die den preussischen Innenminister zum untergeordneten Organ der Reichsregierung mache. Der Redner beschäftigt sich dann eingehend mit Beamtentagen und fordert, daß die rechtsstehenden Beamten im Dienste gelassen werden müssen. Die Bucherverordnung findet die Zustimmung seiner Partei. Für die Sozialdemokraten spricht Abg. Krüger, der im Gegenfah zusammen Vorredner die Verordnung des Reichspräsidenten belobt. Krüger wendet sich gegen die Rechtsparteien, die katastrophale Politik trieben. Auch dieser Redner begrüßt die Bucherverordnung. Abg. Boenart vom Zentrum verlangt von der Regierung, daß sie ihre Aktionsfähigkeit beweise, Ruhe und Ordnung schaffe, ohne das Volksempfinden zu verletzen. Er wendet sich insbesondere gegen die frühere Benachteiligung der Katholiken bei der Vergabung von Beamtenstellen und fordert gleiches Recht für beide Konfessionen.

Prof. Leibig von der Deutschen Volkspartei wendet sich gegen die Einschränkungen der Pressefreiheit. Er wünscht eine durchgreifende Reform der Buchvergebung und tritt für die notleidenden Gemeinden ein, die so wie jetzt weder leben noch sterben können. Zum Schluß begründet er nochmals die Notwendigkeit der großen Koalition.

Der Kommunist Oberlein, über dessen verbredliche Rolle im Märzputsch die heutige Morgennummer des „Vorwärts“ schwer belastendes Material bringt, sucht sich von diesen Anklagen zu reinigen. Hierbei entschließt ihm das Geständnis, daß wenn sich Arbeiter im Kampfe befinden, es natürlich Pflicht der anderen Arbeiter sei, sie durch Sprengungen von Eisenbahnschienen u. dgl. zu unterstützen. Er dreht dann den Spieß um und tobt gegen Regierung und Ortelich.

Der letzte Redner, Abg. Leib (U. S.), fordert scharfe Maßnahmen gegen Bucher und beantragt die völlige Dezentralisierung der Polizei.

Dann verläßt man sich auf Dienstag.

Deutsches Reich.

— Anleihe-Aussichten der deutschen Industrie. Stinnes hat London wieder verlassen. Eine Zusammenkunft mit Lloyd George hat nicht stattgefunden. Obwohl der Zweck und das Ergebnis des Besuches ge-

heimgehalten wird, glaubt der Londoner Korrespondent eines Berliner Mittagsblattes feststellen zu können, daß die Verhandlungen über die Gewährung einer Anleihe an die deutsche Industrie durchweg zu Friedensstellend verlaufen sind. Unter den Finanzmagnaten der City herrsche eine durchaus günstige Stimmung, die einen wirklichen Erfolg der Aktion erwarten lasse. Stinnes soll zuverlässiger Stimmung sein.

— Die Viehlieferungen an den Feindbund. Die Pferdelieferung in Erfüllung des Friedensvertrages an Belgien, Frankreich, Italien und Rumänien nimmt ihren Fortgang. Neu aufgenommen wird die Lieferung von Mähdern der Simmentaler-, Pinzgauer- und Franckenrassen an Serbien, deren Anlieferung auf süddeutschen Sammelstellen zu erfolgen hat. Die Ausschreibung obiger Tiergattungen erfolgt in den nächsten Tagen durch die Viehlieferungskommission in Berlin. Die Bedingungen sind bei der Viehlieferungskommission selbst, oder bei den in der Ausschreibung aufgeführten Stellen einzusehen oder durch sie zu beziehen.

— Das Glaslo der Hungerstreiks. Nach den amtlichen Feststellungen ist in Torgau der Hungerstreik beendet. In Lichtenburg essen noch vier Gefangene nicht; zwei davon erhalten anscheinend Nahrung von Mitgefangenen zugeeignet. Der Zustand aller Gefangenen ist unbedenklich, aber gebessert. In Wittenberg essen alle Gefangenen. Die Gefangenen in Lichtenburg werden nunmehr in Gruppen, nicht mehr alle zusammen, untergebracht. Nur in einem Falle ist die Gruppe 20 Mann stark, sonst sind die Gruppen viel kleiner.

— Der Streit um Bayerns Justizhoheit. Die Auswirkung des neuen Konflikts zwischen Bayern und der Reichsregierung und die Verhandlungen wegen des Wiedereintritts der bayerischen Mittelpartei in die Regierungskoalition sind ziemlich weit vorgeschritten. Das Justizministerium, das Graf Verdenfeld als Ministerpräsident zeitweise übernommen hat, wird dann einem von der Mittelpartei zu präsentierenden Fachmann übertragen werden. Graf Verdenfeld hat inzwischen damit begonnen, die Gesandnisse in Bayern zu besichtigen. Er ist bereits in Stadelheim und in Landsberg am See gewesen und wird auch noch nach dem so „berühmt“ gewordenen Festungsgesängnis in Niederschönenfeld gehen.

— Auflösung von fünf Arbeitsgemeinschaften. Auf Grund des Gesetzes vom 22. März 1921 hat die Reichsregierung im Verfolg des Ultimatums der alliierten Regierungen vom 5. Mai 1921 die Organisationsvorschriften des Subertus, Aulock, Heydebreck und Oberland für aufzugeben erklärt. Personen, die sich an einer der aufgelösten Organisationen als Mitglieder beteiligen, werden mit Gefängnis bis zu 50 000 M. oder mit Festung bis zu drei Monaten oder mit Gefängnis bis zu gleicher Dauer bestraft. In der Begründung dieses Erlasses heißt es, es sei der Nachweis erbracht, daß diese Organisationen unter der Führung der Entente geforderte Aufklärungsarbeiten fallen. Es stehe insbesondere fest, daß die Verbände, wenn sie auch zum Teil gleichzeitig wirtschaftliche Zwecke verfolgten, militärisch gegliedert seien, und daß ihre Befehlsgewalt nach Art militärischer Vorschriften geregelt sei. Die Auflösung treffe auch alle an Stelle der aufgelösten Organisationen etwa gebildeten Verbände, die sich als deren Fortsetzer darstellten. Soweit einwandfreie wirtschaftliche Tendenzen der Arbeitsgemeinschaften durch die Auflösung betroffen werden, habe die Reichsregierung besondere Maßnahmen eingeleitet, die aber an der vollständigen Auflösung der oben genannten Verbände nichts ändern.

— Rücktritt Sepp Derters. Im braunschweigischen Landtag erklärte der unabhängige Ministerpräsident Derters, daß er aus den in letzter Zeit im Landtag und in der Öffentlichkeit gegen ihn erhobenen schweren Angriffen die Konsequenzen ziehe und sowohl von seinem Ministerposten zurücktrete, als auch sein Landtagsmandat niederlege. Besonders war er in den letzten Tagen bekanntlich durch den von ihm zum Professor ernannten Otto Otto arg bloßgestellt worden. Derters hat deswegen eine staatsanwaltschaftliche Untersuchung gegen sich selbst und ein Strafverfahren gegen Otto Otto wegen angeblich verleumdender Beleidigung beantragt.

— Neue Verhaftungen in der Nordsee. In Breslau wurden die Studenten Ulrich Koppe, Friedrich Koppe, Bernhard und Kusche verhaftet. Diese Verhaftungen sollen angeblich mit der Fahndung nach den Mördern Erzbergers und den vor einiger Zeit in München erfolgten Verhaftungen in Verbindung stehen. Auch an anderen Plätzen ist eine Anzahl von „Geheimbündlern“ verhaftet worden. Der Reichsminister des Innern lehnt es vorläufig ab, sich zu den Verhaftungen zu äußern. Die Verhafteten werden in Karlsruhe dem Gericht vorgeführt werden.

— Die Einreise nach Oberschlesien. Die Interalliierte Kommission in Opatowitz hat dem deutschen Bevollmächtigten mitgeteilt, daß sie in Zukunft die Einreiseerlaubnis für bevollmächtigte Vertreter der deutschen Regierung nicht mehr verweigern werde, die zum Zwecke der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen in Oberschlesien Erkundigungen einzuziehen wollen.

— Stegerwald in Amsterdam. Am Mittwoch hat der frühere preussische Ministerpräsident Stegerwald in Amsterdam die Lage Deutschlands auseinandergesetzt. Stegerwald betonte, daß ein gutes acaen-

teiliges Verständnis aller Völker notwendig sei. Das deutsche Volk will alle die Verpflichtungen, die es auf sich genommen hat, erfüllen. Es hofft aber, daß die Verunstetung einmal an Stelle des Versäufers Vertrages treten wird. Nur dann wird die große Weltkatastrophe vermieden werden können. Zwei Dinge sind notwendig. Eine Währungsvereinbarung auf internationaler Grundlage und ein Moratorium für einige Jahre für die deutschen Zahlungsverpflichtungen.

— Zwangsarbeit für Bucherer und Schieber. Der Wirtschaftsausschuh des bayerischen Landtages nahm einen Antrag an, wonach die Regierung aufgefordert werden soll, im Freistaate Bayern und bei den Reichsbehörden auf möglichste Verschärfung der Bekämpfung und Bestrafung des Bucherer- und Schieberwesens, besonders bei Verschlebung in das Ausland, hinzuwirken. Die Reichsregierung soll nachdrücklich ersucht werden, eine Änderung der Strafgesetzgebung anzuregen, die im Anschluß an erkannte Freiheitsstrafen die Verwendung der Verurteilten zu Zwangsarbeit bzw. landwirtschaftlicher Kulturarbeit ermöglicht.

— Ein neues Reitungsverbot. Der preussische Innenminister hat die „Tägliche Rundschau“ auf drei Tage verboten, weil der Leitartikel des Blattes vom 25. November folgende Sätze enthielt:

1. . . . Reichskanzler aus Verlegenheit, sozusagen das kleine Malheurchen der großen Koalition.

2. . . . daß ihr (der Entente) Kolossalbeamter Birth auch nicht mit einer einzigen fälligen Papiermark in Bezug geraten werde.

3. Mit einer Kurzatmigkeit der Bogel, die jedem Unterschwander mit Recht die Genur „ungenügend“ eintragen würde.

4. Seine vagen volkswirtschaftlichen Vorlesungen gaulen ihm so etwas vor wie einen kolossalen Sparstrumpf im Bettstropf des Herrn Stinnes.

5. Es gibt nur ein Land, in dem ein solcher Mann bis zum nächsten Morgen weiterwirtschaften darf, Herr Joseph Birth lebt in diesem Lande.

Die vorstehend wiedergegebenen Stellen enthalten nach Ansicht der Regierung schwere Verunglimpfunge des Reichskanzlers und gehen weit über das Maß zulässiger Kritik hinaus. Nach der Meinung des Ministers sind sie dazu angetan, die Person des Reichskanzlers in einer den inneren Frieden des Reiches gefährdenden Weise verächtlich zu machen.

— Bis früh um 1/2 6 Uhr tagte am Mittwoch der preussische Landtag, das sind fast 18 Stunden. Eine Refordisigung, wie sie so leicht kein anderes Parlament aufzuweisen hat. Aber nicht nur in bezug auf die Dauer wurde hier eine Refordisigung gebracht, auch in anderer Beziehung. Zur Beratung stand bekanntlich die neue Geschäftsordnung, die dem Präsidenten kräftigere Handhaben zur Durchführung der Sitzungspolitik, die heutzutage notwendig geworden sind, geben soll. Mit allen — parlamentarischen und noch mehr unparlamentarischen — Mitteln der Obstruktion suchten die Kommunisten die Abstimmung zu verhindern und zu verwickeln. Un glaubliches leisteten diese Leute an Anpöbeleien, Leute, die doch fast durchweg mehr als 30 Jahre alt waren, behaupten sich schlimmer als die rüdigsten Schulklingen in den Fliegelschulen. So ein Junge wird endlich einmal müde. Die Kommunisten im preussischen Landtag hielten aber 18 Stunden durch und hätten es noch länger ausgehalten. Alle „unparlamentarischen“ Mittelchen wurden angewandt. Nach eingehender Anstruktion wurden Trillerpfeifen- und Hauschlüsselkonzerte veranstaltet, Nischpulver geworfen, auch Stinkbomben schlenkten nicht. Wöglisch zu jedem Paragrafen wurde namentlich abgestimmt, wurden Brandreden geschwungen, aber man gab für seine Person zu gleicher Zeit gleich ein halbes Dutzend Stimmzettel ab, um dann lazen zu können, es würde „gemogelt“, und allerlei solche Mäpchen mehr.

Aber die Kommunisten erreichten mit alledem gerade das Gegenteil von dem, was sie haben wollten. Sie bewiesen selbst dem Schwankendsten unter der Mehrheit, daß es endlich anders werden muß, und erreichten dadurch nur, daß die Mehrheit jetzt erst recht standhielt. Man reagierte auf den Lärm der Linkradikalen überhaupt nicht mehr und nahm seine Bestimmungen vor, die schließlich um 1/2 6 Uhr früh mit der Annahme der Vorlage endeten. Köstentlich wird sie in den nächsten Tagen sofort mit aller Schärfe angewandt.

— Verschwinden sie endlich? Im Reichsausschuh zur Überwachung der zur Liquidation bestimmten Kriegsgesellschaften wurde vom Reichsfinanzministerium berichtet, daß bisher insgesamt 143 Gesellschaften endgültig durch Eröffnung der Liquidation oder durch Übernahme auf das Reich zu bestehen aufgehört haben. In Liquidation befinden sich noch jetzt, 3 Jahre nach Kriegsende, 47 Gesellschaften, von denen der „größte Teil“ Ende dieses Jahres verschwinden wird. Nicht in Liquidation sind bis zum 1. November immer noch vier Gesellschaften gewesen: die Reichsgetreidestelle, die Reichs-Schuhverforgung, die Einfuhrstelle für Getreide und Futtermittel und die Deutsche Seeverversicherungsgesellschaft von 1914. — Man kann nicht sagen, daß die Auflösung der Kriegsgesellschaften in übertriebener Eile vor sich geht, aber es ist doch zu begrüßen, daß doch immerhin schon etwas geschehen ist.

— Die Interalliierte Kommission hat den deutschen Bevollmächtigten die anfänglich verweigerte Einreiseerlaubnis nach Oberschlesien erteilt.

— Die Gewerkschaft der Bergarbeiter des Saargebietes wird eine Delegation nach Paris entsenden, um gegen den Zwangslohnbau zu protestieren.

— Der deutsche Botschafter in Rom, von Berenberg-Göhrler, hat um seine Entlassung aus dem Reichsdienst gebeten.

— Der bekannte Berliner Dramatiker und Erzähler Felix Philipp ist im 71. Lebensjahre gestorben.

Ausland.

— Oesterreich.

— Ein Orden der Republik Oesterreich. Die Oesterreichische Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf über die Schaffung von Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Oesterreich eingebracht. In der Begründung zu dieser Vorlage wird erklärt, denjenigen Personen im Auslande, die sich um die Hilfeleistung des Auslandes für die notleidende Oesterreichische Bevölkerung Verdienste erworben hätten, solle durch Ehrenzeichen der Dank des Staates in sichtbar Weise zum Ausdruck gebracht werden. Das Ehrenzeichen soll in einer vom Hauptauschuh noch festzusetzenden Zahl auch an verdienstvolle Inländer verliehen werden.

— Ungarn.

— Die Unterhaltskosten für Kaiser Karl. „Daily Mail“ bespricht die jüngste Meldung von der Botschafterkonferenz, wonach vorläufig England die Unterhaltskosten für den gewesenen Kaiser Karl in Höhe von etwa 20 000 Pfund pro Jahr bestreiten dürfte, solange eine Einigung über diesen Punkt mit den Nationalstaaten nicht erzielt sei, und wendet sich scharf gegen den Gedanken, daß aus dem Gelde britischer Steuerzahler die Lebenskosten des gewesenen Monarchen gedeckt werden sollen. „Daily Mail“ verweist schließlich auf die Tatsache, daß der gewesene Kaiser Wilhelm auf Schloß Doorn eine jährliche Apvantage von 100 000 Pfund bezieht. Da Oesterreich-Ungarn nachweislich von Deutschland in den Krieg gedrängt wurde, wäre es, nach der „Daily Mail“, bloß ein Gebot der Gerechtigkeit, wenn man die für den Unterhalt Karls erforderlichen 20 000 Pfund von der Apvantage des gewesenen deutschen Kaisers abziehen würde. — Dasselbe Blatt meldet aus Funchal, Karl und Zita seien von ihrem Aufenthalt in Funchal enttäuscht. Am Sonntag wohnten sie der großen Messe in der Kathedrale bei. Sie haben nur einen Kammerdiener mitgenommen und besitzen nur wenige Kleider, da ihre Abreise schleunigst erfolgen mußte. Sie erwarten nunmehr ihre Kinder aus der Schweiz.

— Frankreich.

— Der Wiederaufbau Nordfrankreichs. Bei einer Besprechung mit dem Minister Loucheur meldete der Sekretär des Aktionsausschusses für die zerstörten Gebiete, daß 84 Prozent der Bevölkerung die Anwendung deutscher Arbeitskräfte verlangen. Loucheur erklärte, daß er nichts gegen die Anwendung deutscher Arbeitskräfte einzuwenden habe unter der doppelten Bedingung, daß sie nur für diesen Zweck gebraucht und das Abkommen mit der deutschen Regierung abgeschlossen würde. Er erklärte außerdem, daß er in Erwartung der Festsetzung dieses Abkommens sich verpflichte, ohne Aufschub nach den zerstörten Ortschaften der roten Zone 5000 italienische Arbeiter zu entsenden, die dort arbeiten würden, bis die deutschen Arbeitskräfte eintreffen.

— England.

— Vor einer Versammlung von Kaufleuten der Londoner City sagte der bisherige Außenminister Lord Curzon, bereits seit drei Jahren sei der Waffenstillstand unterzeichnet und noch sei der Friede nicht erreicht. Er sei der Meinung, daß weitere zehn Jahre über den Waffenstillstand dahingehen werden, ehe wir normale Lebensverhältnisse wieder erlangen werden. Er freute sich über die Ergebnisse der Konferenz in Washington, glaube aber nicht, daß es niemals mehr Krieg geben würde. Wenn die Engländer, die die größte Seemacht der Welt besitzen und als Volk für ihr tägliches Brot davon abhängig sind, bereit seien, ihre Flotte einzuzurückziehen, dann dürfe anderen Mächten nicht zugestanden werden, andere Angriffswerkzeuge, sei es in der Luft oder unter dem Wasser, aufzubauen, die dieses Opfer Englands wertlos machen. Wenn Frankreich eine eigene isolierte Politik weiter verfolge, so würde es auf die Dauer nicht Deutschland Schaden zufügen, sondern sich selber. Wir werden Deutschland nur umbilden zu einem friedlichen Gliede Europas, wenn die Großmächte zusammengehen, nicht nur um dem Vertrag Kraft zu geben, sondern um Deutschland deutlich zu machen, daß keine Vergeltungs- oder Nachpolitik geduldet wird, und daß sie andererseits Deutschland helfen werden, seine Rolle zu spielen, vorausgesetzt, daß es aufrichtige Ehrlichkeit und guten Willen zeigt. Solange England, Frankreich und Italien zusammenstehen, habe ich gute Hoffnung auf Erfolg. Die einzige Garantie für Wiederherstellung des Weltfriedens ist nicht der alte Gedanke der Isolation einer einzigen Macht, sondern die harmonische Zusammenarbeit der Mächte als ein Ganzes.

Die ungarische Nationalversammlung nahm nach lebhafter Debatte einen Regierungsantrag auf Vertagung für unbefristete Zeit an.

Der Fehlbetrag des Staatshaushalts der Tschecho-Slowakei wird mit 7,7 Milliarden Kronen angegeben.

In London wurde eine internationale Konferenz für die Frage der Frachttransporte zur See eröffnet, an der vierzehn Nationen beteiligt sind.

Die englische Regierung beabsichtigt, den Griechen und Türken Vorschläge zur Beilegung der Feindseligkeiten zu unterbreiten.

Die Sowjetregierung hat der finnischen Regierung eine zweite, in härtester Form gehaltene Note über die Vorgänge in Ost Karelien überreicht.

Präsident Harding hat eine Bill unterzeichnet, die die Verwendung alkoholischer Getränke zu ärztlichen Zwecken beschränkt.

Die finnische Regierung übersandte Rußland eine Antwortnote in der Kalandsfrage.

Die beiden Häuser des amerikanischen Kongresses sind auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Ein 100jähriges Weihnachts-Jubiläum.

Unschätzlich erklingt in unseren Häusern und Herzen zur traulichen Adventszeit bis in den Weihnachtsglanz hinein das machtvolle schöne Lied: „O du fröhliche, o du selige, gnadenbringende Weihnachtszeit. Christ ist erschienen, uns zu versöhnen; freue, freue dich, o Christenheit.“

Vor 100 Jahren erklang dieses liebliche Lied zum ersten Male, gesungen von einer Schar armer, aber fröhlicher Kinder in Thüringen, und bald schlugen seine Klänge an alle deutsche Herzen und darüber hinaus in die Ferne. Unter den strahlenden Christbäumen in Palästen und Hütten, auf der See und in der Steppe, in Kirchen und Schulen hielt es seinen Einzug, von Kindern und Erwachsenen gesungen, mit hehrer Begeisterung die Weihnachtsbotschaft kündend, die Weihnachtsfreude preisend. Es ist ein echt Thüringer Weihnachtslied, im Herzen Deutschlands entstanden, aus liebewarmem Herzen geboren, der Kinderwelt gewidmet, der Armut geweiht, Gott zur Ehre. In Weimar, dem Sitz der Dichter und Denker, ist es geboren und sein Dichter war Johannes Daniel Falck, Geheimrat in Weimar, der Gründer des ersten deutschen Kinder-Heilungsbauhauses nach den traurigen Kriegsjahren im Lutherhof zu Weimar. Johannes Falk war selbst ein armer Knabe gewesen, ein Perrückenmacher Sohn in Danzig, unter vielen Geschwistern, am 27. Oktober 1763 geboren. Perrückenmacher zu werden, war seine Bestimmung. Doch der vorwärtstrebende Geist des Knaben war damit nicht zufrieden. Gegen den Willen des Vaters lernte und las er bei Kerzenlicht auf Gasse und Boden. „Da stelle ich, um was zu bleiben, die Füße in kaltes Wasser. Und ich muß sagen, das das ein probates Mittel ist,“ schrieb er damals an einen Freund. Man wurde auf ihn aufmerksam durch einen Unfall beim Schlittschuhlaufen am Weihnachtsfest, bei dem sein Bruder ihn rettete. Diese Errettung vom Tode des Ertrinkens wurde der Anlaß, daß der Rat der Stadt Danzig ihm zum Studium auf der Universität Halle half. Man ließ ihn ziehen mit den Worten: „Du bleibst unser Schuldner, Johannes Falk; wenn einmal irgendwo arme Kinder an deine Tür klopfen, dann denke: Da stehen die Bürgermeister und Ratsherren von Danzig, und weise sie nicht ab.“ — Man ahnte nicht, daß in Falcks Leben diese Mahnung in eine Segensstat sich wandeln würde.

Ihn zog es, da die Dichtkunst erwachte, nach beendigtetem Studium in den Kreis der Dichterrufen Goethe, Schiller, Wieland und Herder nach Weimar. Dort verlebte er die entsehlischen Kriegsjahre von 1806 bis nach den Freiheitskämpfen und sah mit von Gott geklärten Augen Not über Not. Er fand die Kinder, von den Eltern verlassen, vor seiner Tür und half ihnen. Nach der Leipziger Schlacht gründete er die „Gesellschaft der Freunde in der Not“ und gab Haus, Zeit und Kraft den Kindern hin. Von seiner Regierung wurde ihm bald das Anwesen „Der Lutherhof“ zur Verfügung gestellt und nach 10 Jahren konnten über 250 junge Männer als tüchtige Menschen und fleißige Handwerker in's Leben ziehen. Nach seinem Tode am 14. Februar 1826 wurde die Anstalt staatlich. Den Hauptwert legte er bei der Erziehung der verwaisten und verwahrlosten Jugend auf die Herzensbildung. „Geschichte Spitzbüben und Raubhunden müssen dem Staate und der Menschheit nichts,“ pflegte er zu sagen. „Das Gemüt muß erneuert sein.“

Dieser echt christlichen tiefen Bestimmung entwarf vor 100 Jahren unser prächtiges Weihnachtslied, das sich bald auch zum Oster- und Pfingstlied wandelte. Und nun mdae es wieder und weiter erklingen in unseren Tagen herber Not und nötiger Hilfe.

Die Kleie-Frage.

Schon im Kriege hat die deutsche Landwirtschaft lebhafteste Klage führen müssen über die schwere finanzielle Benachteiligung und über die Zurücksetzung, die die einzelnen Landwirte bei der Verteilung der Kleie, die von dem unter Anwartschaft stehenden

Getreide herrührte, erfahren haben. Es war nicht einmal möglich, durchzusetzen, daß jeder Landwirt Anspruch auf Zurücksetzung der Kleie hatte, die von dem von ihm abgelieferten Getreide stammte.

Auch nach dem Kriege ist die Kleiefrage ein sehr dunkles Kapitel geblieben. In diesem Wirtschaftsjahr 1921-22 muß bekanntlich die deutsche Landwirtschaft im Wege der Umlage 2,75 Millionen Tonnen — 55 Millionen Zentner Getreide zu einem Höchstpreise von 105 bzw. 115 Mark für den Zentner aufbringen. Bei 85 Proz. Ausmahlung und 3 Proz. Staub sind von jedem Zentner 12 Pfund Kleie zu erwarten. Von den 55 Millionen im Wege der Umlage aufgebrauchten Zentnern also 6,6 Millionen Zentner Kleie. Der Preis für Kleie ist jetzt schon auf rund 200 M. gestiegen; d. h. der Preis ist ungefähr doppelt so hoch, wie der, den die Landwirte für das von ihnen abgelieferte Umlagegetreide erhalten. Man kann somit mit einem Ubergewinn von mindestens 600 Millionen Mark rechnen, der alle aus der Umlage-Kleie auf Kosten der Landwirtschaft erzielt wird. Die Frage des Abgeordneten Sch Lange im Landtage war nicht ganz unbedeutend: „Wer steckt diese Millionen ein? Die Reichsgetreidekasse oder die Mühlen?“ Jedenfalls muß im landwirtschaftlichen Interesse alles daran gesetzt werden, um endlich in der Kleiefrage eine Entscheidung herbeizuführen. Die deutsch-nationale Fraktion des Landtages hatte bei Besprechung der Kartoffelinterpellation einen Antrag eingebracht, wonach besonders dafür gesorgt werden soll, „daß die Landwirte zur Verwendung in ihrer Wirtschaft die Kleie wieder zurück erhalten, die von dem von ihnen im Wege des Umlageverfahrens abgelieferten Getreide herrührt, zu einem Preise, der geringer sein muß als der Preis für das abgelieferte Umlagegetreide.“ Dieser Antrag hat im Landtag eine Mehrheit gefunden. Es ist dringend zu verlangen, daß die Reichsregierung schleunigst in diesem Sinne verfährt.

Nur wenn man der Landwirtschaft ausreichende und billige Futtermittel zur Verfügung stellt, kann man verlangen, daß auch die Nahrungsmittel für die menschliche Ernährung von den Landwirten in ausreichender und preiswürdiger Masse zur Verfügung gestellt werden.

Die Zuckerteuerung.

Gründe der Knappheit und der hohen Preise.

Zur Frage der Zuckerteuerung gehen uns folgende Zeilen vor, die, wenn sie auch nicht alle Gründe der Zuckerteuerung erfassen, immerhin beachtenswert sind:

Zu den Waren, die heute von der Hausfrau gern auf Vorrat gekauft werden, weil sie eine Zenerung fürchtet, gehört besonders der Zucker. Obgleich nun wirklich die Zuckerpriese seit Aufhebung der Zwangsbevirtschaftung stark gestiegen sind, so liegt doch gerade beim Zucker eigentlich weniger Anlaß zu Besürchtungen vor, als bei anderen Waren derselben Gattung. Denn die deutsche Zuckerproduktion ist glücklicherweise in stande, einen recht großen Teil des Inlandsbedarfs zu decken und die Mengen des eingeführten Zuckers sind im Vergleich zu dem Stand des Verbrauchs gering. Die Erhöhung der Zuckerpriese — die übrigens nicht an die anderer Nahrungsmittel heranreicht — hat nur in untergeordnetem Maße das Sinken der Valuta zur Ursache. Der Hauptgrund liegt vielmehr in den sinnlosen Vorkäufen der Haushaltungen, wodurch die Bestände immer geringer werden, und in den außerordentlich geringen Angebot. Dieses geringe Angebot, das in letzter Zeit geradezu als Zuckerknappheit in Erscheinung getreten ist, liegt zum Teil an dem Mangel an Weizen und Roggenmehl, also Eisenbahnwagen, sowie daran, daß durch den bisher sehr niedrigen Wasserstand der Flüsse die Möglichkeit des Wassertransportes stark eingeschränkt war.

Obgleich nun voraussehen war, daß die Nachfrage nach Zucker und der Verbrauch desselben sich sofort nach Aufhebung der Zwangsbevirtschaftung bedeutend steigern würden, so war es doch unmöglich, diesem verstärkten Bedarf bei der schlechten Lage unserer Verkehrsmittel in auch nur annähernd genügender Weise Rechnung zu tragen, und die Haushaltungen, welche in der Besürchtung, daß in der Uebergangszeit der Zucker knapp und durch das Sinken der Valuta teurer werden würde, alle erreichbare Ware möglichst an sich zu ziehen suchten, haben durch ihre Handlungsweise bei des Knappheit und Zenerung, zum größten Teile selbst verschuldet.

Es steht daher zu hoffen, daß bei allmählicher Beruhigung des Publikums die Zuckerpriese sich in annehmbaren Grenzen halten werden.

Mißstände in der Zuckerversorgung.

Der Ausschuss des Reichswirtschaftsrats für Landwirtschaft und Ernährung hat nach Besprechungen mit Sachverständigen in seiner Sitzung am 15. d. M. festgestellt, daß die Zuckerrübenenernte voraussichtlich die Herstellung von 23 Millionen Zentnern Verbrauchszucker im laufenden Erntejahr, das sind rund 20 kg Zucker pro Kopf der Bevölkerung, ermöglicht, was ungefähr der Friedensproduktion entspräche. Der Preis für Weiskander beträgt gegenwärtig bei den Verbandsfabriken ohne Fracht und Sachgebühr 350—375 M. für den Zentner. Es müßte deshalb möglich sein, im Kleinhandel den Zucker mit etwa 5 M. für das Pfund zu verkaufen. Eine Belieferung

der Zucker verarbeitenden Industrie in einem Maße, das die Versorgung der Bevölkerung mit Mundzucker gefährdet, muß verhindert werden.

Der Ausschuss hat weiter mit Fremden festgestellt, daß allen genossenschaftlichen Verteilungsorganisationen der Verbraucher, Händler und Gewerbetreibenden der von ihnen benötigte Zucker ganz oder teilweise planmäßig vorenthalten wird. Es wird sofortige ausreichende Belieferung dieser Stellen sowie die Errichtung eines Beirats, in dem Verbraucher und Genossenschaften vertreten sind, gefordert.

Heimliches.

Nastätten, 28. November 1921.

Sitzung des Schöffengerichts am 25. November 1921. Der Arbeiter Johann L. von Nastätten war angeklagt, im September ds. Jd. einen kleinen Eisenstamm sich rechtswidrig angeeignet und veräußert zu haben; der Beschuldigte gab an, daß er den Stamm, der den ganzen Sommer hindurch am Waldbrand gelegen, als herrenloses Gut angesehen habe. Da die Absicht des Diebstahls nicht nachzuweisen war, kam das Gericht mangels Beweises zur Freisprechung. — Der Metzger Karl W. von Nastätten sollte im Juli gewerbsmäßig Vieh zum Weiterverkauf angekauft, ohne den erforderlichen Schluschein ausgehellt zu haben. Auch in diesem Falle erkannte das Gericht auf Freisprechung, da W. nachwies, daß er das fragliche Schwein zu Zweckzwecken gehandelt hatte. — Dem Gastwirt Philipp F. in Holzhausen waren von der Polizeibehörde Holzhausen zwei Strafbefehle zugewandt wegen Veranlassung von Tanzbelustigungen ohne Genehmigung. Auf den Einspruch des Angeklagten beschloß das Gericht zunächst die Vertagung zwecks Klärung des Sachverhalts. — Der Herdenbesitzer Heinrich M. aus Singhofen war beschuldigt, am 5. Mai seine Schafe in einer Schonung zu Lösslich geweidet zu haben; der Beschuldigte erzielte Freisprechung, da ihm eine Schuld nicht nachzuweisen war. — Der Knecht Richard H. wurde wegen einer gleichen Uebertretung zu 30 M. Geldstrafe verurteilt. — Der Landwirt Heinrich Carl H. aus Himmighofen stand wegen Körperverletzung unter Anklage und zwar sollte er im Jahre 1920 ein bei ihm bedienstetes Mädchen mit einer Mistgabel geschlagen haben. Das Mädchen war fünfjährig und erhielt von verschiedenen Seiten kein gutes Zeugnis. Die längere Beweisaufnahme erbat mit der Freisprechung des Angeklagten. — Eine von dem Kaufmann Schm. gegen den Landwirt H. angestrebte Verleumdungsklage fand nach längerer Verhandlung durch einen Vergleich ihre Erledigung.

Preissteigerung der Felle. Eine Leipziger Firma bietet gegenwärtig für Baumwader 3000 M., für Steinwader 2800 M., für Füchse 800 M., für Mäuse 300 M.

Bogel, 28. Nov. Der Gesangsverein „Liedertanz“ veranstaltet am zweiten Weihnachtstag in Saalbau Weidenmüller sein diesjähriges Konzert mit darauffolgendem Ball. Die Vortragsfolge ist eine reichhaltige und bringt die mannigfaltigsten Darbietungen, daß alle Besucher gewiß von der Veranstaltung besriedigt werden.

Oberlahnstein, 26. Nov. In der Maschinenfabrik Kehler wurde aus dem Magazinlager eine größere Anzahl fertiger Schmierapparate gestohlen.

Aus dem Lande, 28. Nov. Eine Erhöhung der Bezüge von Witwen der Gemeinden hat der Minister des Innern den Gemeinden und Gemeindeverbänden empfohlen. Dies gilt für die Gemeindebeamtenwitwen, die aus der preussischen allgemeinen Witwenversorgungsanstalt Witwengelder beziehen. Veranlassung zu dieser Verfügung haben zahlreiche Anfragen und Gesuche der Gemeindebeamtenwitwen an das Finanzministerium und an die Generaldirektoren der allgemeinen Witwenversorgungsanstalt gegeben.

Limburg, 26. Nov. Ein Prachtstück von einem Ochsen wurde am Mittwoch als Sehenswürdigkeit mit einem Kranz um den Hals durch die Stadt geführt. Das Tier, das der Hannoveraner Landrase abstammt, mißt 1,90 an Höhe, 3,80 an Länge und hat ein Lebendgewicht von 23 Zentnern. Ein Metzger kaufte ihn für die Kleinigkeit von 24000 Mark.

Weilburg, 26. Nov. Ein 14-jähriger Junge aus Edelsberg bei Weilburg hatte Arbeiter im Walde Kaffee gebracht. Als er nicht wieder zu Hause ankam, wurden durch die Schulen und Cubach Nachforschungen angestellt. Nach längerem Suchen wurde der Junge tot in dem Transformatorhaus der stillgelegten Edelsberger Phosphoritgrube gefunden. Jedenfalls ist er durch ein Fenster eingestiegen und den elektrischen Drähten zu nahe gekommen.

Frankfurt, 27. Nov. (Gesamtstern muß werden!) In einem Geschäft verlangte eine Frau 10 Pakete Vanillezucker. Eine andre Frau sieht das und verlangt schnell auch 10 Päckchen. Später fragte sie dann die Ladenbesitzerin, was man mit dem Vanillezucker eigentlich machen könne.

Vermischtes.

Ebert-Notgeld. Die Stadt Cua-lenbrück hat Notgeld herausgegeben, das Vorgänge aus der Stadtgeschichte veranschaulicht. Auf einem der Scheine ist das Haus des Sattlermeisters abgebildet, bei dem der Reichspräsident Ebert in seiner

Lehr- und Wanderzeit in den neunziger Jahren das ehrbare Sattlerhandwerk ausübte. Darunter steht man: „Das Handwerk erstreckte sich hier steter Kunst, Der Reichspräsident betrieb einst hier die Kunst.“ Auch Ebert hat eine neue Serie künstlerischen Notgeldes herausgegeben. Der Entwurf der Vorderseite der Scheine zeigt in stilvollen Umrahmungen das Wappen der Stadt Weimold. Die Rückseite zeigt in zehn verschiedenen Bildern die Barussische im Teutoburger Walde nach dem bekannten Scheffelschen Liebe „Als die Römer frech geworden“.

Dampferzusammenstoß vor Cuxhaven. Der Dampfer „Ernst Hugo Stinnes“ kollidierte beim Osterriff vor Cuxhaven mit dem Bagagdampfer „Haveland“. „Ernst Hugo Stinnes“ wurde auf Strand gestift.

Der kranke Hölz. Max Hölz ist wieder einmal in den Vordergrund getreten anlässlich des Hungerstreiks der verurteilten Marxputschisten. Nach ärztlichen Angaben soll Hölz jetzt krank und nicht fähig sein. Darauf fanden Konferenzen im Buchhaus zu Münster zwischen Jurizrat Dr. Prof. dem Verteidiger von Max Hölz, dem Weimener Regierungsrat Humann, dem Vertreter des Justizministers, ferner dem Anstaltsdirektor, und dem Universitätsprofessor Toebeke, dem leitenden Anhaltarzt, statt. Auch letzterer erklärte Hölz für zweifellos krank und schwer nervenleidend. Nach Angaben seines Verteidigers leide Hölz an Nervenschmerzen und ist so schwach, daß er oft hinsinkt und sich dabei angedehlt Verletzungen zugezogen hat. Vor allem klagt er über Mangel an Luft. Es wurden Injektionen auf dem Hofe des Paracelsus angelegt; Hölz sollte sein Verteidiger beiseite jedoch auf Verurteilung in ein Sanatorium, da Hölz in seinem jetzigen Zustande weder eine Gefahr bilden noch künftigen könne, andererseits im Zuchthaus zugrunde gehen.

Die Weihnachts-Konferenzen in den Familien nehmen jetzt so nachgerade ihren Anfang, und die Fraktion der Jungen tut mit erhobener Stimme ihre Anträge und Wünsche für den Weihnachtstag kund. Jedes Schauen in die Schaufenster und Läden erhöht die Sehnsucht, und von einer Abklärung in den Gaben des Weihnachtsmannes will das junge Völkchen nichts wissen. Hier werden sich die Wünsche und die Möglichkeiten, sie zu erfüllen, vielleicht besser vereinigen lassen, als in der bösen Politik. Denn, was bringt nicht alles eine Mutter fertig, es findet sich immer noch zu rechter Zeit ein stiller Reservesfonds für das hohe Fest.

Die Besteuerung der Versicherungen soll erhöht werden. In der heutigen Zeit der Zenerung ist es nötiger als je, alle vorhandenen beweglichen und unbeweglichen Werte vor Zenerung zu schützen, und es liegt daher im Interesse der Erhaltung des Nationalvermögens, die Versicherungsmöglichkeit so weit wie möglich aufrecht zu erhalten. Vermeiden lassen wird sich eine Erhöhung der Besteuerung bei der traurigen Finanzlage ja leider nicht, aber zur Verhütung schädlicher Folgen kann sie doch in den tunlichst mäßigsten Grenzen gehalten werden. Ganz besonders gilt das auch von den Lebensversicherungen, die für die Existenz des Mittelstandes so sehr wichtig sind.

Eine Erleichterung der Ehescheidung will der neue sozialistische Reichsjurizminister herbeiführen. Daß der Reichsanzler Birck als Katholik dazu wirklich seine Zustimmung geben sollte, muß man so lange bezweifeln, als bis nicht der betreffende Gesetzesentwurf vorliegt. Gewiß ist eine unglückliche Ehe etwas Schreckliches, die dem Menschen das Leben zur Hölle machen, die Kinder auf bodenlose Abwege führen kann, aber wenn man glaubt, dem Uebel durch die erleichterte Ehescheidung vorbeugen zu können, so ist dies ein Irrtum. Schon heute wird bei vielen Ehescheidungen mit unglaublicher Oberflächlichkeit verfahren, und diese wird noch wachsen, wenn die drückenden Bande leicht zu lösen sind. Auch eine unglückliche Ehe hinterläßt im Herzen Brandwunden. Des Dichters Wort hat Recht und soll sein Recht behalten: „Darum prüfe, wer sich ewig bindet!“

Weihnachtsgedächtnis. Jedes Fest hat auch sein eigenartiges Gedächtnis, insbesondere das Weihnachtsgedächtnis. Bekannt sind namentlich in Mitteldeutschland, die Christstollen, welche schon 1829 in einem Zinnunionsprivilegium genannt werden. Ob wir in diesem Gedächtnis eine symbolische Darstellung des Christentums zu erblicken haben, oder ob das Gedächtnis in Heidentum zurückgeht, ist unentschieden. In Norddeutschland nennt man sie Christwecken, in Thüringen hin und wieder „Schmittchen“. In Schwaben blickt man Weckuchen, Pfeffernüsse und besonders „Springerle“, ein Badewert mit Bildern, namentlich Tieren, Vögeln, Menschen, Blumen und dergleichen. Ferner blickt man sogenannten „Hugelbröt“, in welches gehörte Birnen — Hübeln —, Honig usw. kommen. Ein Pfeffertuchen, von zäher Weichheit, der häufig in Menschen- und allerlei Tiergestalt erscheint, hat unter dem Namen „Pritzen“ in der Stadt Nachen sein Heimatrecht zu erwerben gewußt, wird aber auch weit und breit für die Weihnachtstage verhandelt. Rheinland und Westfalen liefern den weit und breit bekannten Spekulatius. In der Mark bereitet man in einzelnen Gegenden zu Weihnachten Zweife, welche „Mohnpielen“ heißt. In Süddeutschland kennt man außerdem noch Weihnachtsskarpfen oder Kräpfel, welche die verschiedensten Formen angenommen haben.

Reichsgräfin Gisela.

Roman von E. Marlitt.

Der Kopf des Ministers rühr herum. Er starrte seine Stiefochter einen Augenblick sprachlos ins Gesicht. „Dieses junge Wesen, das man „in Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand“ in Unwissenheit und geistiger Untätigkeit hatte aufwachsen lassen, das gleichsam mit der Lebenskraft nur aristokratische Lebensanschauungen und Vorurteile eingeatmet hatte, der streng behütete geistige Sproß entwickelte nun auf einmal von innen heraus eine Vogil, die in sehr seltener Weise an die berühmte Denkfreiheit erinnerte.“

„Was sprichst du da für ungereimtes Zeug, Gisela?“ fuhr er heraus. „Für dich ist es und bleibt es ein Unglück, daß die Großmama so früh sterben mußte. Es ist ein Zug in der, der abwärts neigt, und den würde sie, dies Bild aristokratischer Hoheit und Frauenwürde“ — die Baronin räusperte sich und stieg mit der lackierten Spitze ihres Stiefelchens einen Stein hinab ins Wasser — „ja, sie würde diese Neigung bis auf das kleinste Wurzelstückerchen vertilgt haben,“ fuhr der Minister unbeirrt fort. „In ihrem Namen verbiete ich dir hiermit ernstlich alle derartigen Unschicklichkeiten, wie sie bereits vorgekommen sind.“

„Nun meinestwegen,“ sagte sie jetzt zwischen Nachgiebigkeit und unmutigem Widerstand schwandelnd: „wenn es sich denn durchaus nicht für mich schickt, so geschieht es eben nicht wieder. . . Uebrigens waren es durchaus keine Tagelöhnerkinder — das kleine Mädchen gehört in die Pfarre.“

Ein Schrei unterbrach sie. Einer der Anaben hatte inzwischen den Kahn weitergerudert und an einer ungünstigen Stelle angelegt. Beim Herauspringen war das kleine Mädchen in den See gestürzt — eben verschwand das blonde Köpfchen unter dem Wasser, als ein riesiger Neufundländer dicht hinter den am Ufer Stehenden aus dem Dickicht brach und sich in den See warf. Er packte das Kind und legte es, an das Ufer prallend, zu den Füßen eines Herrn nieder, der aus dem Gebüsch getreten war.

Das kleine Blondköpfchen war jedenfalls ein munteres, beherztes Ding, das seinen Augenblick die Geistesgegenwart verloren hatte — es richtete sich sofort auf und strich mit sinken Händen das Wasser aus den Augen.

„Ach, du lieber Gott, meine neue blaue Orleanschürze!“ rief sie erschrocken, und rang die triefende Schürze aus. „Na, die Mama wird schön zanken!“

Gisela, die herbeigeschlagen war, zog mit bebenden Händen ein Tuch aus der Tasche, um es dem Kind über die nassen Schultern zu werfen.

„Das wird wenia nützen“, fauchte der

herr. „Aber ich möchte Sie bitten, künftig zu bedenken, daß solch ein kleines Menschenleben auch beschützt sein will, wenn wir es eigenmächtig in die Hand nehmen. . . Was es für die Gräfin Sturm auch nur die Geltung eines Spielzeugs haben — es hat doch Eltern, die es bewelnen würden.“

Er nahm das durchnässte Kind auf den Arm, lästete den Hut und ging, während der Hund freudestrahlend an ihm in die Höhe sprang.

Den gefalteten, schlaff niedergesunkenen Händen der jungen Gräfin war das Tuch entfallen — mit leiserbrodenen Augen und blaffen Lippen hatte sie die harte, strafende Rede hingehommen und nun starrte sie wortlos dem Fremden nach, bis er im Dickicht verschwunden war.

11. Kapitel.

Weder der Minister noch eine seiner Begleiterinnen hatten sich der Unglücksfälle genähert — die Damen waren sogar, ängstlich die Oberkleider ausnehmend, um einige Schritte in den Wald zurückgewichen, da der triefende Hund mit seinen freudenspringen auch sie umkreiste; Unfall und Rettung waren ja auch das Wert nur weniger Augenblicke gewesen.

„Nennen Sie den Herrn?“ wandte sich die Baronin lebhaft an die Gouvernante und ließ die Gorgonette sinken, nachdem sie jede Bewegung des Fremden aufmerksam und angelegentlich verfolgt hatte.

„Ja, wer ist er?“ fragte auch der Minister.

„Haben ihn Ezzellenz genau angesehen?“ fragte Frau von Herbed zurück. „Nun, das ist er — der brasilianische Rabob, der eigentliche Besitzer des Hüttenwerks, der Grobian, der das weiße Schloß ignoriert wie einen Maulwurfsbügel. . . Ich begreife nicht, wie es die Gräfin aber sich gewinnen konnte, in seine Nähe zu gehen, und will gleich meinen kleinen Finger verketten, daß er ihr irgendeine Unart gesagt hat — seine Haltung war zu unerbittlich.“

Die Baronin schritt auf Gisela zu, die mit gesenkten Wimpern langsam zurückkehrte. „Hat dich der Mann beleidigt, mein Kind?“ fragte sie sanft, aber mit einem seltsam forschenden Blick.

„Nein“, antwortete Gisela rasch, und wenn auch ein tiefes, echt mädchenhaftes Erzittern über ihr Gesicht bis an die Schläfen hinaufstieg, ihre Augen hatten doch jenen stolz abweisenden Ausdruck, der sich in gewissen Momenten wie ein Schild vor ihre Seele legte.

Unterdes war der Minister mit Frau von Herbed in den Wald eingetreten. Seine Ezzellenz hatte die Hände auf dem Rücken gekreuzt und bog den Kopf gegen die Brust — seine gewöhnliche Haltung, wenn er sich berichtigte ließ. Noch lag viel Eleganz und Elastizität in seiner Erscheinung, allein Haupt- und Barthaar waren bereits stark ergraut, und lekt, wo er, sich verabschied.

zuhörte, sanken die Wangenmuskeln schlaff herab und verließen dem unfehlbar geistreichen Gesicht etwas Grämliches. — Seine Ezzellenz war alt geworden.

Eine Zeitlang wandelten alle schweigend weiter. Am Tore des Schloßgartens blieb der Minister stehen, während die Baronin und Gisela in die Pflanzung traten; er sah über die Schulter noch einmal nach Neuenfeld zurück, dessen rote Dächer im Sonnenschein funkelten — nur ein firtst ragte dunkelfeldlich schimmernd über sie hinweg — es war das vollständig renovierte, neu mit Schiefer gedeckte Pfarrhaus.

Der Minister zeigte mit dem Finger nach der dunklen Linde — ein kaltes Lächeln teilte seine bleichen Lippen und ließ die scharfgeschnittenen Zähne sehen.

„Mit dem dort wären wir fertig“, sagte er.

„Ezellenz — der Pfarrer?“ rief Frau von Herbed freudig erschrocken.

„Ist pensioniert. . . Um, wir geben dem Mann einfach Gelegenheit, zu erproben, wo er sein Brot leichtet findet, in Gottes Wort oder in Gottes Werken. . . Der Mensch ist in der Tat ungeschick genug gewesen, seine astronomische Weisheit gerade jetzt in einem Buch der Welt zu offenbaren.“

„Gott sei Dank!“ rief Frau von Herbed tief befreit. „Ezellenz mögen nun darüber denken, wie Sie wollen, aber den hat der Herr selbst verblendet und seiner aerechten Strafe entzogengeführt! . . . Ezzellenz wollten diesen Mann nur ein einziges Mal auf der Kanzel hören. Das wimmelt von Freigeistereien, von Blumen und Sternen, Frühlingsschimmel und Sonnenschein — man glaubt jeden Augenblick, er will Verse machen. . . Er war mein entschuldigster Widersacher, er hat mir meine erhabene Mission fürchtbar erschwert — ich triumphiere!“

12. Kapitel.

Am anderen Tage waren die Jalousien vor den Fenstern der Gemächer, welche die Baronin Fleurh bewohnte, fest geschlossen die Dame litt an heftigen Herbenkopfschmerzen infolge der gestrigen Fahrt und Sonnenhitze.

In dem gegenüberliegenden Schloßflügel, der die Fremdenzimmer enthielt, ging es um so lebhafter zu. Um frühen Morgen schon kamen Handwerker aus N. in Begleitung eines großen Möbelwagens. Die seit Prinz Heinrichs Zeiten nicht erneuerten und deshalb sehr verfallenen seidenden Bett- und Fenstergardinen wurden abgenommen — man riß die veralteten Tapeten von den Wänden, um sie neu, und zwar in sehr kostbarer Weise zu ersetzen, vertauschte die unmodernen Kristallkronleuchten mit Bronzelaternen und schaffte sie, wenn auch noch immer wertvoll, aber doch altmodisch gewordenen Möbel in entlegene Räume.

Seine Ezzellenz leitete dies alles selbst mit peinlicher Sorgfalt und Genauigkeit — es handelte sich aber auch um nichts Gerin-

geres als einen fürstlichen Weich. In dem prachtvollen, von Königblauem Seidenstoff umrauschten Bette sollte der Lande. . . er schliefen, die aus Paris mitgebrachten herrlichen Spiegel sollten sein fürstliches Antlitz widerspiegeln, und die Statuetten und Gemälde die ganz ungepaart umgestanden, seine wöhnten Augen ergötzen.

Dem Fürsten waren auf seiner jüngsten Reise zufällig einige das Regiment seines Ministers in sehr greller Weise beleuchtende Zeitungen in die Hand gefallen — er war tief empört gewesen über diese „Schmähartikel“ und das „Lügengewebe“, und um seinem so gehässig angegriffenen Lieblings eine augenfällige Vergeltung vor aller Welt zu geben, hatte er sich als Gast auf dem Landjüt des Ministers angemeldet.

So war der erste Tag verstrichen. Nun lag ein prächtiger Morgenhimmel über dem Thüringer Wald. Das weiße Schloß lag glänzend inmitten seiner Springbrunnen, Boskette und Auen. Es hatte seine sämtlichen Jalousien aufgeschlagen — auch die vor den Fenstern der Baronin. Die Dame war vollkommen erholt und erfrischt aufgestanden und hatte befohlen, daß im Walde gestrichelt werden solle.

Die schöne Frau hatte eine Morgenrollette gemacht, die im Boulogner Holzchen weit eher am Platz gewesen sein würde, als hier unter den ehrlichen deutschen Eichen und Buchen, zwischen deren einsamen Stämmen höchstens die verduhten Augen eines beerenjüngenden Kindes erschienen. Die Dame sah aus wie eine sechszehnjährige Schärerin eines Watteauischen Gemäldes in dem hochgeschürzten Rock aus milchweißem, weich niederfallendem Stoff, den ein himbeerfarbener Streifen umsäumte. Tief in die Stirn gedrückt lag ein helles Strohhütchen auf dem blauschwarzen Haar, das nicht, wie ehemals, in prächtvollen Ringeln auf die Brust fiel — Pariser Rosenhände hatten diese wichtigen Strähnen am Hinterkopf zu jenem abscheulichen Gebilde aufgestellt, das die Welt „Chignon“ nennt. . . Trotz dieser entsetzlichen Haartracht war es doch ein verführerisch schönes Weib, das leichten Fußes durch die taufischen Gebüsche schritt.

Die Baronin Fleurh beschleunigte ihre Schritte, als sie in den Wald eintrat. Die Vögel, die im Dickicht brüteten, schwirrten aufgeschreckt in die Baumkronen und schrien mit vorgestreckten Hälsen auf die Frauengestalt nieder, die geschmeidig zwischen edelweichten Zweigen hinstellte, ohne daß ein Taupfropfen ihr helles Gewand benetzte. Die Weißbirken lagen längst hinter ihr, und nun wurde allmählich der Weg breiter, die Bäume traten auseinander, und hinter dem Gebüsch, das schleierartig zerfloß, erschien das graue Gemäuer des Waldhauses.

Die Baronin trat hinter einen Strauch, bog die Zweige auseinander und sah hinüber — sie hatte die Fassade vor sich.

(Fortsetzung folgt.)

Holzfallung.

In den nächsten Tagen werden die Holzfallungsarbeiten beginnen, wozu hinreichende Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Es ergeht deshalb der Wunsch, daß diejenigen, die ihren Verhältnissen nach nicht so sehr auf den Arbeitsverdienst angewiesen sind, im Interesse der Bedürftigen von einer Beteiligung an der Holzfallung absehen mögen.

Nastätten, den 26. November 1921.

Der Bürgermeister: Wasserloos.

Bekanntmachung.

Betrifft: Elternrente für Kriegseltern.

Nach dem Gesetz über die Versorgungsbehörden und der dazu ergangenen Ausführungsverordnung müssen alle Anträge auf Leistungen, die auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes begehrt werden, von dem Antragsteller, seinem gesetzlichen Vertreter oder einem Bevollmächtigten schriftlich gestellt werden. Viele Kriegseltern, deren Anträge auf Kriegselterngeld auf Grund des alten Mannschaftsversorgungsgesetzes abgelehnt wurden, sind der Ansicht, daß nochmals eine Prüfung ihres früheren Antrages ohne weiteres erfolge. Dies ist aber nicht der Fall.

Alle Kriegseltern, die Antrag auf Elternrente stellen wollen und die bisher noch kein Kriegselterngeld beziehen, müssen deshalb erneut schriftlichen Antrag einreichen. Der Antrag ist an den Kreis-ausschuß, Amtliche Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene — Kreis St. Goarshausen — in St. Goarshausen zu richten.

Nastätten, den 22. November 1921.

Der Bürgermeister: Wasserloos.

Zum Selbstrasieren

empfehle in großer Auswahl:

Prima Rasiermesser, Rasier-Apparate, komplette Rasiergarnituren mit Kästen, Rasierseife, Röpfe, Pinsel, Streichriemen, Rasierklingen, Haars- und Bartschneidemaschinen.

Robert Lenz :—: Nastätten.

„Illustrierter Rhein- und Lahn-Bote“

(Kalender für das Jahr 1922)

Müllersche Buchhandlung, Nastätten, Bahnhofstraße.

Feinster Honigkuchen

per Pfund 10.— Marl.

Wiederverkäufer erhalten entsprechenden Rabatt.

Konditorei Hazel, Nastätten (Nähe Bahnhof).

Hand-Dreschmaschine

mit Sub-hör zu verkaufen.

Geinrich Kasel, Oelsberg.

Kornstroh

(nur Fliegeldruck) circa 60 bis 80 Zentner bis Januar 1922 zu kaufen gesucht als Eignung für Strohmatte. Quantums von 4—5 Ztr. sind schon annehmbar.

Ringofenstegerei

Christ & Reichert Erbenheim.

Mein sicher wirkendes altbekanntes Hühneraugenmittel

„Burgit“

ist wieder eingetroffen.

Damen- und Herrenfriseurgeschäft

Albert Spriestersbach

Nastätten (a. d. ev. Kirche).

Puppen-Perücken

für Weihnachten

sowie alle anderen

Haar-Arbeiten

auch aus ausgekämmten Haaren

werden gut und billig angefertigt

im

Friseurgeschäft Anton Kern

Nastätten : Hauptstraße.

Weihnachtssortimente:

Passende Geschenke

in großer Auswahl

für

Damen und Herren

empfehle

Damen- und Herrenfriseurgeschäft

Bernhardt

Wolfsplatz 1 :—: Wolfsplatz 1

Einkauf-Körbe

empfehle in großer Auswahl

K. Hübel : Nastätten (an der evang. Kirche).

Vorschuß- und Credit-Verein zu Nastätten.

Veranlaßt durch die so sehr gestiegenen Verwaltungsunkosten müssen wir den Zinsfuß für Vorschüsse und der Soll-Zinsen in laufender Rechnung vom 1. Januar 1922 ab von 5 1/2 % auf 6 % erhöhen. Der Provisionsfuß in laufender Rechnung bleibt unverändert.

Der Vorstand.



Henko

Henkel's Wasch-Bleich-Soda

unentbehrlich für Wäsche und Hausputz

Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

Preis das Paket Mk. 2.50.

Für Weihnachten:

Christbaumschmuck und Kerzen, Spielwaren, Geschenkartikel in Porzellan, Glas, Steinart, Postkarte usw. empfiehlt in reichhaltiger Auswahl

K. Hübel, Nastätten (an der evang. Kirche).

Meine Frau war über 50 Jahre mit einer böslichen

Flechte

behalten. Rein gesundes Flechten hatte sie auf dem Leibe. Durch Zucker's Patent-Medizinale-Salbe wurden die Flechten in 3 Wochen beseitigt. Diese Salbe ist Tausende wert. Dazu Zucker-Creme (nicht fettend und fetthaltig). In allen Apotheken, Drogerien u. Parfümerien erhältlich.

Gruben-Sand

besser als Rheinland zum Verputzen von Gebäuden in jeder Menge.

Gruben-Nies

groß und fein für Wegebau franco Lieferung zu haben bei

Geinrich Meyer, Vierscheid.

Telefonische Bestellungen bevorzugt.

Telefon Nr. 23.

- Zitronat
Orangat
geraspelte Kokosnuß
Haselnußkerne
Konfektzalz
gemahlene Anis
gemahlene Nelken
Zimmt
Vanillinzucker
Deiters Backpulver
Blattgelatine
Korinthen
Rosinen
Sultaninen
empfehle
Konditorei Hazel
Nastätten (Nähe Bahnhof).